



Elternbrief 5/2014 zur finanziellen Unterstützung durch den Bund

Wann kommen endlich die Bildungsmilliarden an die Schulen?

6 Milliarden für die Bildung wurden im Koalitionsvertrag im Herbst 2013 festgelegt - für Wissenschaft, Hochschulen, Kitas und Schulen. Sowohl der Landesrat der Eltern als auch das Ministerium hatten sich eine direkte Finanzspritze für Ganztags und Inklusion erhofft. Doch das Geld wurde zunächst beim Finanzminister geparkt und es dauerte mehr als ein halbes Jahr, bis Genauerer festgelegt wurde. Der Bund übernimmt nun die Bafög-Kosten und entlastet damit die Haushalte der Länder. Diese sollen nun in Eigenregie entscheiden, wie das eingesparte Geld im jeweiligen Land am besten der Bildung zu Gute kommen kann.

"Kooperationsverbot": Verwendung der Bafög-Millionen für Bildung ist unsicher!

So weit die Theorie. Aber es gibt keine rechtliche Grundlage für diesen Deal, denn 2006 wurde im Zuge der Föderalismusreform per Grundgesetz (§§91b und 104) eine Einflussnahme des Bundes auf die Bildung in den Ländern ausgeschlossen. Das nennt man "Kooperationsverbot". Dadurch ist es dem goodwill der Länder überlassen, was sie mit dem Geld machen. Als Elternsprecher habe ich schon seit Jahren auf diesen Missstand hingewiesen. Politiker aus allen Parteien fordern die Abschaffung des Kooperationsverbotes - bisher ohne Erfolg.

Die Versuchung ist groß.

Es ist zu befürchten, dass die Länder versuchen, sich mit Haushaltstricks um ihr Versprechen herumzudrücken: Längst überfällige Schulsanierungen beispielsweise, die eigentlich aus dem knappen Landeshaushalt bezahlt werden müssten, werden mit dem Bafög-Geld finanziert. Das eingesparte Geld könnte dann z.B. für BER und Schuldenbremse verwendet werden.

Wir sollten deshalb die Verwendung der Bafög-Millionen genau kontrollieren.

Ist der Bildungsföderalismus noch sinnvoll?

Viele Eltern fragen sich jetzt schon, wozu wir eigentlich den Bildungsföderalismus noch brauchen. Seine historischen Wurzeln liegen in der Kleinstaaterei der vielen Fürstentümer und Grafschaften des Mittelalters. Bildung war damals auf die Elite beschränkt und diente der Herrschaftssicherung der jeweiligen Herrscher.

Nach dem 2. Weltkrieg wurden im Westen Polizei und Bildung dezentralisiert, um einer neuerlichen Diktatur die Machtübernahme zu erschweren - aus damaliger Sicht sicherlich sinnvoll. Heute haben wir eine andere Situation und **die Akzeptanz des Bildungsföderalismus wird weiter schwinden, wenn es Bund und Ländern nicht gelingt, vernünftig zusammenzuarbeiten.**

Ihr Wolfgang Seelbach, Sprecher Landesrat der Eltern Brandenburg, 30.05.2014